

Kleine Anfrage

des Abg. Friedrich Haag FDP/DVP

Probleme im Umfeld der Universität Stuttgart-Hohenheim aufgrund der PBW-Parkraumbewirtschaftung

Ich frage die Landesregierung:

1. Hat sie bereits eine Evaluation inklusive Kosten-Nutzung-Abwägung des im November 2020 eingeführten Parkraummanagements an der Universität Hohenheim durchgeführt, unter Nennung der gewonnenen Erkenntnisse?
2. Welche Gründe verhinderten im Falle, dass keine entsprechende Evaluation vorliegt, bislang die Durchführung?
3. Welche Erkenntnisse hat sie zur Entwicklung und zur Menge der gebuchten Dauer- und Tagestickets für die bewirtschafteten Parkflächen auf dem Campus seit November 2020 bis heute?
4. Welche Erkenntnisse hat sie über die Akzeptanz des kostenpflichtigen Parkens auf dem Campus bei Studentinnen und Studenten sowie den Beschäftigten der Universität?
5. Plant sie eine Erhöhung des Tagestickets (derzeit zwei Euro) für die rund 11.500 Studentinnen, Studenten und Universitätsbeschäftigten unter Angabe, auf welchen Betrag und zu welchem Zeitpunkt?
6. Welche konkreten Beschwerden von Anwohnern und Gewerbetreibenden aus den universitätsnahen Wohngebieten in Stuttgart-Plieningen und -Birkach sind ihr bezüglich des gestiegenen Parkdrucks, Parkplatzsuchverkehrs und Falschparkens seit Einführung der Parkraumbewirtschaftung bekannt?
7. Fanden aufgrund der Konfliktsituation bereits Gespräche oder Schlichtungsversuche durch das Land bzw. die PBW statt (unter Angabe des Zeitpunkts und Ergebnis)?
8. Wie bewertet sie eine mögliche Aussetzung der Parkraumbewirtschaftung durch die Parkraumgesellschaft Baden-Württemberg mbH (PBW) auf dem Campus der Universität Stuttgart-Hohenheim zur Befriedung der betroffenen Anwohner und Gewerbetreibenden?

22.01.2024

Haag FDP/DVP

Begründung

Die Kleine Anfrage soll klären, wie die PBW-Parkraumbewirtschaftung an der Universität Hohenheim seit November 2020 angenommen wird, wie wirtschaftlich erfolgreich die Maßnahme ist und was die Landesregierung tut, um den Parkdruck und das Falschparken in unithenen Wohngebieten zu verhindern und ob sie im Dialog mit Betroffenen steht.